

Yauete sein Auftrag — alles abnehmen lassen; ihm hätte man bei seiner Verhaftung ja auch alles abgenommen. Und was dem einen recht ist, sei dem andern billig. — Der Bürgermeister von Caslau hat Olla, er möge Aussagen darüber machen, wie Arbeiter von der Olla ermordet worden seien. Der Berichtende lehnt jedoch ab, darauf einzugehen, was Olla zu der Bemerkung veranlaßt, das Gericht interessiert sich augenblicklich nur für abgeschlossene Kapitalien.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 16. Juni 1921.

Schon wieder ein schweres Grubenunglück.
In Schweden. Gestern mittags 1 Uhr ereignete sich an dem Bergbau der Eisenerzgrube auf dem ersten Schicht des Eisenerzbergwerks Harenin Larneer a. Co. in Reinörsdal bei Jönköping ein schweres Grubenunglück. Infolge einer Verletzung unglücklicher Umstände sind das mit 13 Mann besetzte Fördergerüst in den Schacht nieder und legte mit solcher Wucht auf, daß bei den sofort vorgenommenen Bergungsarbeiten 7 Bergleute nur als Leichen geborgen werden konnten. Von den übrigen fünf wurden zwei nach auf dem Transport nach der Tagesoberfläche, während die letzten beiden im Laufe des Nachmittags im Schwedener Krankenhaus an den Folgen der Verletzung starben.

Oberschlesien, die europäische Frage.
Berlin. Der „Vorwärts“ schreibt in Zeitdruck über Oberschlesien: Die einstimmige Erklärung der ober-schlesischen Frage beurteilen, ist aus folgender Tatsache des Berliner Korrespondenten des „Daily Herald“ an sein Blatt zu entnehmen. Eine weitere Verdrängerung der internationalisierten Aktion, so heißt es in dem Bericht, würde in die innere deutsche Situation bedenkliche Veränderungen hineinbringen, da dann die Behauptung der Chauvinisten, Lloyd George suche sich der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu bedienen, indem er die Frage des deutschen Selbstschicks als Vorwand gebrauche, auch in sonst gemäßigten Kreisen Glauben finden würde. Dies könnte dann so ausgelegt werden, als ob die Versöhnungspolitik Dr. Brüning nutzlos sei, wodurch das Kabinett sehr gefährdet würde. Für die Reaktion würden alsdann die letzten Schranken fallen. Es ist wohl kaum eine Frage, daß sie die ober-schlesischen Freiwilligen gar zu gern zu einem Aufstand gegen Berlin mißbrauchen möchten, der dann für die Reaktion im ganzen Deutschen Reich und besonders aber für das durch die letzten Ereignisse arg blutge-schüttelte bairische Regiment, das Signal wäre, sich gegen alles zu erheben und alles zu vernichten, was heute in Deutschland demokratisch und republikanisch ist. So ist die ober-schlesische Frage keine lokale oder koloniale Frage, sondern sie ist ein europäisches Problem, das bald einer Lösung zugeführt werden sollte.

Gefangeneneinfuhr aus Rußland.
Berlin. Der Dampfer „Wibert“, der als erster Dampfer zur Abholung von Gefangenen nach Noworosskiff abgegangen war, ist am 13. d. M. mit 1084 Heimkehrern aller Nationalitäten, darunter 183 Reichsdeutschen, in Triest eingetroffen. Die reichsdeutschen Heimkehrer werden in das Lager Dechfeld in Bayern zwecks Entlassung in die Heimat geleitet. Der Dampfer „Wibert“ kehrte nach Noworosskiff zurück, um weitere Heimkehrer abzuholen.

Berichtungen über Generalstreik.
Oberösterreich. Wie die „Post“ mittelt, sind auf die internationalisierte Ablehnung der deutschen Forderungen wegen einer energiegeladener Aktion gegen die Polen nunmehr die Vertrauensmänner der Gewerkschaften zusammengetreten, um über den Eintritt in den Generalstreik zu beraten.

Eine deutsche Kolonon-Note.
Basel. Nach einer Meldung der „Dumant“ aus Berlin wird die deutsche Regierung auf Grund der vielfachen Forderungen im ganzen Reich eine Note nach Paris senden, in der die ausdrückliche Bitte um die Freilassung der in Argonien noch festgehaltenen 115 deutschen Kriegs-gefangenen ausgesprochen wird.

Ratifikation von Völkerbundprotokollen.
Genève. Die italienische Regierung hat das Völker-bundsekretariat telegraphisch benachrichtigt, daß der König von Italien alle Protokolle, auch das über die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes, ratifiziert.

Die Lage im nahen Osten.
Paris. Die Entwicklung der Verhältnisse im nahen Osten wird in Frankreich als desorientierend angesehen. Man spricht von der Möglichkeit, daß die Kampfaktivität nicht auf die bisherigen Gebiete beschränkt bleibe und daß zahlreiche Bedingungen der Friedensverträge über den Dardanellen gerannt werden. Einzelne Kreise fordern die Befreiung von Konstantinopel durch die Griechen, andere halten dies für unausführbar für Griechenland. Die serbische Armee zählte 280 000 Mann.

Ragna Ewensburg.

Roman von Anny Bothe.
(Alle Rechte vorbehalten.) (Nachdruck verboten.)
20. Fortsetzung.
Frau Lorenzen rührte sich nicht, und als jetzt Below, Gumbold am Arm, auf der Veranda erschien, hätte sie diesen Menschen am liebsten geschlagen.
„Verstehe dich Schwiegermama,“ sagte er lachend, ihr die Hand küßend, „hier bist kein Widerstreben. Wir haben geirrt, aber wir sind großmütig und vergeben unserer guten Mutter all die trüben Stunden, die sie uns bereitet hat, nicht wahr, Schwager?“
Gumbold sah strahlend bittend, mit tränenvollen Augen zur Mutter auf, und Below machte ein so allerhöchste Euphoriegesicht, daß ihr Groß wie Butter an der Sonne schmolz, aber so schnell gab sie sich doch nicht gefangen, obwohl sie sich selbst sagte, daß bei der Ausdauer Belows eigentlich gar nichts zu machen war. Sie lehnte also die ihr zugehörige Umarmung des Brautpaars ab und sagte stiftig:
„Wissen Sie, junger Mann, ich bewundere Ihren Mut. Was berechtigt Sie denn eigentlich, um meine Tochter zu werben? Für Referendarat?“
„Ne,“ sagte Below lachend.
„Ja, was denn sonst? Was haben Sie denn?“
„Aber? Hier dieser Regensturm ist gegenwärtig mein etwases Besitztum, aber sonst bin ich noch ein ehrlicher Reel, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, der arbeiten kann, um die Frau, die er liebt, auch einmal zu ernähren. Wie dahin, müssen Sie sich schon an diesem Regensturm ge-nügen lassen.“
„Es war alles scherzhaft, was er sagte, und doch sprach ein so tiefer, ehrlicher Wille, ein so ernstes Gefühl aus seinen Worten, daß Frau Therese nicht anders konnte, als ihm die Hand zu reichen.“
„Wenn ihr es denn beide unter dem einen Regensturm versuchen wollt, meinestwegen,“ sagte sie groß, aber es bedte doch wie Nahrung in ihrer Stimme und als Gumbold sich ihr nun ausschließend in die Arme warf, da lächelte sie ihr Kind tief bewegt mit heiligem Segenswunsch auf die seine Stirn.
Below aber spannte den Regensturm auf und lang, das es weithin schallte:
„Gehet ab mein unterm Regensturm.“
Das war das Verlobung, die der alte Professor Lorenzen

Westmächte des Vorkriegs.
Kopenhagen. Aus Paris wird gemeldet: Obwohl sich die alliierten Seehäupter noch nicht über den Unterschied von Militär- und Handelsfluggesellschaften geeinigt haben, entschied der Vorkriegsrat getrennt, Deutschland habe die Vertragsbedingungen über den Bau von Flugzeugen verletzt. Zur Strafe wird er alle in Deutschland befindlichen Flugzeuge beschlagnahmen. Der Vorkriegsrat wies die Internationalisierte Kommission an, alle Militärmaschinen und 25 Prozent der Verkehrsfluggesamtheit als Pfand für die Verletzung der Vertragsbedingungen zu beschlagnahmen. Die übrigen 75 Prozent werden vorläufig mit Beschlag belegt bis Deutschland die Erfüllung der Luftfahrtklauseln durchgeführt hat. Man erwartet, daß der Vorkriegs- und Vorkriegsrat zwischen verschiedenen Städten aus Mangel an Maschinen sofort ein-gestellt werde. Deutschland wird sich, dem Vernehmen nach, mit der Erfüllung der Vertragsbedingungen beugen, um die 75 Prozent der Verkehrsfluggesamtheit wieder frei zu bekommen.

Englische Nachrichten aus Oberschlesien.
London. Reutersbüro meldet, die letzten britischen Nachrichten aus Oppeln lassen keine Besserung der Lage erkennen. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Polen ihr vor einigen Wochen geäußertes Rückzugversprechen ausführen. Es scheint, daß Korfanty seine Truppen nicht mehr in der Hand hat und daß er seine Wehr nicht durchsetzen kann. Diejenigen alliierten Truppen, deren Rückwärtsbewegungen von dem guten Willen der Polengenern abhängig geworden sind, sind wieder zurückgenommen worden, da ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zugelassen werden könnte.

Schuldifferenzen in der englischen Metallindustrie.
London. Infolge Eingriffs des Arbeitsministeriums ist die Gefahr eines Streiks in der Metallindustrie auf den Augenblick beseitigt, da die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, die Einführung eines neuen Lohnstarifes bis Ende des Monats aufzuschieben. Auf Veranlassung der Regierung haben Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeit-nehmern stattgefunden.

Bermischtes.

Der Wettlauf zwischen London und New York. Die New Yorker haben nach der letzten Post-zählung in den Vereinigten Staaten den Anbruch er-hoben, daß ihre Vaterstadt die größte der Welt sei. Das mag im wortwörtlichen Sinne vielleicht stimmen, denn das riesige Flächengebiet, das Groß-New York bedeckt, wird wohl von keiner anderen Stadt der Welt erreicht. Aber dieses Gebiet von Groß-New York umschließt große Flächen, die ganz dünn oder überhaupt nicht besiedelt sind, und da wir bisher nur einmal die Größe einer Stadt nach der Zahl ihrer Einwohner bestimmen, so ist London der Nebenbuhler in der neuen Welt doch immerhin noch um ein Beträchtliches voraus. Groß-London hat über 7 Millionen Einwohner; New York hat es bisher doch nur auf über 5 1/2 Millionen gebracht. Der hundertjährige Wett-lauf, in dem die einst so winzige Tochterstadt die ehr-würdige Mutter an der Themse einzuholen sucht, hat trod-dem New York bereits in allerhöchster Nähe der englischen Hauptstadt gebracht. Die New Yorker Bevölkerung ist in einem viel schnelleren Tempo gewachsen als die Londoner, und man hat berechnet, daß New York im Jahre 1930 London wirklich überholt haben wird. Die Mutter-stadt frengt sich aber in neuester Zeit gewaltig an, um sich nicht überflügeln zu lassen, und seit dem Anbruch hat die Zunahme Londons mit der New Yorks etwa gleichen Schritt gehalten. Vielleicht wird sich also die Themse-stadt noch über 1930 hinaus an der Spitze der Groß-städte der Welt halten können. Aber nicht nur an Aus-dehnung und Einwohnerzahl nimmt New York allmählich den Wettbewerber mit London ab, sondern auch an Schönheit, an Glanz und Großartigkeit des Lebens. Ein genauer Kenner der beiden Städte H. A. McKenzie plau-dert darüber in einem anschaulichen Vergleich: Jede Stadt hat ihren eigenen Zauber. New York ist glänzen-der, London weilt nichts auf, was sich mit dem Glanz des New Yorker Glanzes vergleichen ließe. Die große öffent-liche Bibliothek in der S. Avenue ist ein Vorbild, nicht nur was Schönheit, sondern auch was praktischen Nutzen an-betrifft. Wir haben nichts, was sich neben die beiden großen Eisenbahnhaltungen stellen läßt. New York besitzt das Wunder seiner Wolkenkratzer. Es zeigt all seine Pracht gleichsam im Schaufenster, und wenn man sich mit dem Schiff der Stadt nähert, so ist man überwältigt von der Größe des Anblicks. Londons Schönheit ist mehr vorbor-gener Art; es hat seine großen geschichtlichen Bauten in der City, die die Ueberlegenheit seiner Kultur offenbaren. Unsere Straßen sind im allgemeinen für den Verkehr besser geeignet. Die langen geraden Straßen der New-yorker City bieten, so merkwürdig es klingt, dem Verkehr sehr viel mehr Hindernisse. Man braucht nur einmal auf dem Dach eines Omnibus von Washington-Square nach

der Two-Stränge zu treten, um das zu erleben. Man wird fast den ganzen Nachmittag für diese kleine Strecke, Schöneberg, London ist für den Leichter immer. Nach kurzer Zeit wird er nur noch sehr wenig Geld in seinem Geldbeutel haben. Über darin hat es New York übertrumpft, der Be-zug hat dort nach derselben Zeit überhaupt kein Geld mehr.

Kunst und Wissenschaft.

100 Millionen Frauen für die Wiener Hochschulen. Die das „Wien. Abendbl.“ meldet, hat der Hauptvorstand der In-dustrie Oesterreichs gemeinsam mit den Führern von Banken beschlossen, für die Wiener Hochschulen 8 Millionen Kr. zu widmen. Die Widmung erfolgt in Berücksichtigung der Lage der Wiener Hochschulen, deren wissenschaftlicher Betrieb durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gefährdet ist.
Verlobungskonzerte der Staatskapelle. Aus Dres-den wird gemeldet: Die von der Staatskapelle unter Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Busch geplante Konzertreihe nach Wien, für die bereits alle finanziellen Fragen gelöst waren, muß auf den Beginn der nachjährigen Ferien ver-schoben werden, weil der große Wiener Musikvereinsaal wegen der zur Zeit dort tagenden Danzerkonzerne vor dem 15. Juli nicht freigegeben werden konnte.

Sport.

Wettkampftage. Heute abend 8 Uhr spielt auf Platz Mar-grabe Landesbestrebungsverein Viktoria XI. Hundertkämpfe 2. Et-gegen 3. Et. U. U.
Krieger Sportverein e. V. Jugendausschuss. Die erste Knabenmannschaft schlug am Mittwochabend die 1. Knaben-elf des S. B. Adersau auf dessen Platz in Adersau 1:0. Viktoria mußte sich durch einen Spieler aus Adersau mit 10 Mann. Das heftigste Tor fiel in der zweiten Halbzeit, als Adersau als 11 Mann zur Stelle hatte.

Sächsischer Landtag.

Wsl. Dresden, 15. Juni.
Zwei lange Kassetten fanden als erster Punkt auf der heutigen Tagesordnung. In der ersten Kasse handelte es sich um die in den frühesten Morgenstunden des er-sten Pfingstfesttages erfolgte Sprengung der königlichen Brücke in Gersdorf. Der Finanzminister Geldt hielt hierzu fest, daß die Explosion nicht durch Feuer oder Kohlenhand entzündet sein könne, weil keine Kerzen oder Leuten und Schloten vorhanden waren, auch eine Selbstentzündung des Kohlenhaubes ausgeschlossen sei. Die Explosion müsse künst-lich durch Sprengmittel herbeigeführt worden sein, und der gesamte Schaden belaufe sich auf reichlich 1 Million Mark.
Die zweite Kasse betraf die Verteilung von kommuni-stischen Flugblättern am 7. Juni 1921 in Bauten l. C., welche durch einen Sendarm beschlagnahmt wurden. Geheimrat Dr. Beder erklärte, daß am 6. Juni abends allerdings ein Paket Flugblätter von einem Sendarm beschlagnahmt wor-den sei, will er bestrafen, daß Sprengstoffe in dem Paket enthalten seien. Er legte es im Gemeindegemeinde-nieder, und erbat die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft. Ueber den Sachstand liegt eine Mitteilung noch nicht vor.
Es folgte die zweite Beratung der Vorlage 20, betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Besätze der sogenannten Alpenhöfe, Wiesen usw. Nach ausführlichem Bericht des Abg. Claus (Dem.) beantragt derselbe namens des Ausschusses, die Vorlage zu genehmigen. Ministerialdirektor Schmidt gibt einige Erläuterungen darüber, warum der Reichsfinanzminister auf Grund des Sprengstoffgesetzes Einspruch erhoben habe. Dieser habe aber zu seinen Änderungen der Vorlage geführt. Die Aus-schließung würde aber erst mit der Inkraftsetzung des Beamten-besoldungsgesetzes erfolgen. Ohne Debatte wird die Vorlage einstimmig angenommen.
Weiter beschloß das Haus die zweite Lesung des Ent-wurfs eines

nte vergessen konnte, denn das war das einzige und erste Mal, daß er seiner Frau ein Schnippschen geschlagen hatte. Wären lag im tiefsten Schlaf. Nur Ragna wachte. Sie konnte nicht Ruhe finden. Ein etwas wanderte hier-berd durch ihre Seele, ein etwas, das sie wohl kannte, und das ihr doch fremd. Dabei am Ewensburg, da war es zum ersten Male in ihrem Leben aufgewacht, dieses etwas, dieses zudlose Kind, „Schnupfen“ geheißen. Da hatte sie ihr tausend Dornen in das Herz gewetzt, die Schnupfen nach etwas Unfassbarem, Unbegreiflichem, Dohem, Schönmel Die Schnupfen nach der Welt, nach Selbständig-keit, nach dem Leben! Und jetzt? Jetzt, wo sie so einfach, so bitter einfach war, jetzt, wo sie gewissermaßen ihr Schicksal in Frau Ewensburg gelebt, jetzt war noch eine andere Schnupfen über sie gekommen, riesengroß, flammend, wie brennendes Feuer. Und wenn auch Ragna Stunden lang am Fenster ihres Zimmers stand und in die schwei-gende Mondnacht da draußen starrte und kann und kann, sie wollte nicht weichen, diese Schnupfen, die hergeschüt-ternde Dual.
Sie ist wie ein treuegewandertes Stum-m. Am die Stirne trägt sie ein Dornengewind und schluchzt und lümt.“
Ragna schloß das Fenster. Schnell wart sie einen warmen Mantel um, zog die Kapuze besessen fest über die blonden Locken, das nur ein kleiner Teil ihres Gesichts, blauen Gesichtes daraus hervorlugte und schlüpfte hin-aus. Sie mußte feststellen von den sie fast erdrückenden Wänden fern. Trauben, dort zwischen den herrlichen Bege-n in ihrer hell leuchtenden Pracht mußte sie sich selbst wieder-finden.
Niemand sah sie, lautlos verließ sie das Hotel, lang-sam schritt sie die vom Mondlicht hell erleuchtete Dorf-strasse entlang. Wie frei, frisch und kühl sie hier die Nacht-luft umschmeckte, wie sie sich aufatmete, wenn ihr Blick die Schnee- und Eisfelder der Jungfrau streifte. Lang-sam ging sie jetzt auf dem Promenadenweg der Bergstraße entlang. Da löste sich plötzlich eine dunkle Gestalt von einem Baum und trat auf sie zu.
„Arne Lorenzen,“ entfuhr es Ragnas Lippen.
„Ja,“ sagte er einfach, „ich wollte, daß Sie nicht ab-gelassen würden da drinnen in dem dunklen Enge, in dieser herrlichen Mondnacht. Ich wollte, daß Sie diesen Zauber hier, den wir vielleicht nie wieder erleben werden, anschauen wollen, und darum habe ich auf Sie gewartet — seit Stunden.“

Der verdachte, lebensschaffende Ton, in dem er sprach, weckte etwas wie Widerpruch in ihrer Seele.
„Das war recht unvorsichtig, Herr Doktor,“ sagte sie ablehnend, „die Nacht ist kühl.“
„Nicht kühl als Ihre Seele, Ragna,“ gab Arne erregt zurück. „Warum weichen Sie mir denn aus, warum wollen Sie mich denn nicht verstehen? Weichen Sie nicht, daß ich Ihnen etwas zu sagen habe, daß ich es Ihnen noch heute sagen möchte? Und doch lassen Sie mich Stunde um Stunde vorbeigehen.“
„Ich verstehe Sie wirklich nicht, Herr Doktor,“ sagte Ragna, sich unwillkürlich höher aufrichtend. „Sie tun, als ob ich Ihnen etwas schuldete, daß ich in dieser Stunde zurückzukehren soll.“
„Ja,“ unterbrach Arne Lorenzen Ragna heftig. „Sie schulden mir auch etwas. Meine Seele, meine Ruhe, mein Leben. Können Sie leugnen, daß Sie seit langer Zeit geliebt haben, wie es in meiner Seele ausstrahlt? Nein, Sie können es nicht. Seit Monaten wissen Sie es, wie ich nur für Sie lebe, für Sie denke, für Sie atme, wie mein ganzes Denken darauf gerichtet ist, Ihr Leben in eine an-dere glückliche Bahn zu lenken, und nun kommen Sie und sagen plötzlich: „Ich brauche keine Hilfe nicht, Arne Lorenzen, ich habe mir durch eigene Kraft eine Stelle er-zungen, ohne dich zu fragen, ohne deinen Rat zu hören. Ich bin nun frei und gehe meine Wege.“ War das recht, Ragna? War das gerecht?“
Ragna lenkte einen Augenblick ab das Haupt. Der Nachtwind spielte mit den blonden Wänden, die sich unter der dunklen Kapuze hervorhoben auf der weichen Stirn. Dann aber hob sie die Augen furchlos zu Arne Lorenzen auf.
„Was ich tat,“ sagte sie fest, „tat ich mit vollem Bewußtsein und in dem Gefühl, daß es recht war.“
Doktor Lorenzen erbleichte, und ein trüber Schein legte sich über seine noch porphyrischen flammenden blauen Augen.
„So hatten Sie kein Vertrauen zu mir? zu mir, Ihrem einzigen Freunde?“
Ragna lächelte, ein mildes, trauriges Lächeln, das ihm in die Seele schmit.
„Ich wollte Ihnen nicht weh tun“, sagte sie leise. „Wachte es sein, Ragna, wachte es sein?“ fragte er erregt und griff nach ihrer kalten, kleinen Hand. Sie ber-ber setzten drückend, als wollte er sie zerbrechen.
(Fortsetzung folgt.)

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Metropol-Lichtspiele
 Popitzer Str. 2, Garkhaus Stadt Freiberg.
 Donnerstag, 16., bis Sonntag, 19. Juni:
„Dicht und Finsternis“
 große gewaltige Filmtragödie in 4 großen Akten.
„Karlchen Falkenauge“
 der Meisterdetektiv, Lustspiel in 2 Akten.
 Sonntag von 2 Uhr an
Kinder- u. Familienvorstellung.

Jahres-Rechnung

der Gemeinnützigen Wohn- und Siedelungsgenossenschaft
 Zeitzhain e. G. m. b. H.
 auf die Zeit vom 1. Febr. 1920 bis mit 31. Dezbr. 1920.

	Soll	Haben
1. Konto Verpflegung	19051.-	16941.85
2. Häuserkonto einschl. Grund u. Boden	107.50	-
3. Inventar	3325.-	-
4. Geschäftsausgaben	5570.-	19125.-
5. Geleglicher Rücklagepost	-	1605.-
6. Hypotheken	-	1000.-
7. Hausbetriebskosten	8447.53	1622.50
8. Allgem. Verwaltungskosten	9935.87	4181.-
9. Miete	11263.-	18270.80
Saldo	26.25	-
	57726.15	57726.15

Bilanz per 31. Dezbr. 1920.

Vermögen.	
1. Inventar	3325.-
2. Einrichtungen	456.30
3. Materialien	1631.-
4. Forderungen	18933.25
5. Kassenbestand	26.25
Verlust	1408.20
	25775.-

Schulden.

1. Geschäftsguth. der Mitglieder	22900.-
2. Kassenfonds	1875.-
3. Darlehn	1000.-
	25775.-

Mitglieder-Bewegung.

Mitgliederzahl am Gründungstage 29. 2. 20	24 (m. 24 Anteilen)
Eingetreten im Jahre 1920	148 („ 205
Zusammen	172 (m. 229 Anteilen)
Durch Uebertragung schieben im Laufe des Jahres aus	- („ -
Mitgliederzahl Ende 1920	172 (m. 229 Anteilen)
Mit Abl. d. Jahres 1920 schieb. aus	26 („ 26
Mitt. Mitgliederbest. am 1. Jan. 21	146
Zahl der Geschäftsanteile	203

Am Laufe des Jahres 1920 hat sich das Geschäftsguthaben der Mitglieder um je M. 8.16 vermindert.
 Die Gesamthaltsumme betrug am 29. 2. 20 M. 7200.-, am Schlusse des Jahres 1920 M. 51600.- und am 1. Januar 1921 M. 43800.-. Sie hat sich vom Gründungstage bis zum Schlusse des Jahres um M. 44400.- vermehrt.
 Zeitzhain, am 15. Mai 1921.
Gemeinnützige Wohn- und Siedelungsgenossenschaft Zeitzhain e. G. m. b. H.
 Der Vorstand.
 H. Pelt. Wenoni.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit so zahlreich dargebrachten Ehrungen u. Geschenke
danke hiermit aufs herzlichste.
 Gröba, im Juni 1921.
Moritz Zinke u. Frau.

Baumeister **Ernst Walther u. Frau**
 Gertrud geb. Risse
 geben ihre am heutigen Tage erfolgte
 Vermählung bekannt.
 Gröba, am 16. Juni 1921.

Heute morgen entschlief nach längerem
 Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater,
 Groß- und Schwiegervater, der Privatist
Gustav Uhlig.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
 Ida verw. Uhlig und Kinder.
 Riesa, Goethestr. 37, 16. Juni 1921.
 Beerdigung findet Sonnabend mittag 1 Uhr
 an der Friedhofshalle aus statt.

Als Freitag, den 17. bis Montag, den 20. Juni:

Peter Voss der Millionendieb I. Teil

Stellt all. bisher Dagewesene unter der Bezeichnung
Der Mann ohne Namen. Ein Abenteuer-Sensations-
 in den Schatten. -- Verbunden mit Preisausschreiben.
Preisrätsel: 1. Preis 800 M., 4. Preis 200 M., Einsendungen:
 2. „ 400 „ 5. „ 150 „ Film-Ruiter,
 3. „ 300 „ 6. „ 100 „ Berlin-Str. 8,
 „ sowie 5 Trostpreise à 50 M. Weipolger Str. 39.
 Sämtliche Teile laufen in Hefen von einer Woche hintereinander. Vorstellungen 7 und 9 Uhr. Einlaß 6 1/2 Uhr.
 Zeitiges Kommen sichert einen guten Platz. Um gütigen Zuspruch bittet die Verfasserin Anna Sach.

Vereinsnachrichten

Silber-Staff-Verein Riesa-Gröba. Heute abend 8 Uhr
 Mittelglieder-Versammlung im Vereinslokal (ohne Instr.).
Radf. u. Wanderer. Sonntag 3 Uhr außerord. General-
 versamm. Es wird gebeten, pünktlich u. zahlr. zu ersch.
Freie Vereinigung ehem. 103er. Sonnabend, d. 18. 6.,
 abends 8 Uhr Versammlung im „Goldnen Löwen“.
 Wichtige Tagesordnung. Ausflug betreffend.

Achtung! Riesa! Achtung!

Freitag, 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Hotel Schöner, Riesa
**große öffentliche
 Gewerkschafts-Versammlung.**

Tagesordnung: Entstehung und Wesen der Waren-
 verforgung des Allg. D. G. B. Ref.; Dr. Hermann, Berlin.
 Freie Aussprache.
 Gewerkschaftler, Männer und Frauen aller Parteien,
 erscheint in Massen in dieser bringenden aufklärenden Ver-
 sammlung! Der Ortsausschuh des Allg. D. G. B.
 H. U. Rich. Rehböfe.

Reiterfest in Riesa

den 26. Juni 1921.
 Anmeldungen bis spätestens 20. d. M. Der Vorstand.

Hotel 'Lindenhof', Strehla.

Morgen Freitag, den 17. Juni
Streichkonzert mit darauffolgend. Ball.
 - Anfang 8 Uhr. -
 Halten gleichzeitig unseren Einspruch ab.
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
 Alle Geschäftsfreunde und Gönner laden freundlich ein
R. Zwanzig und Frau.

Schneeweißes Friedens-Kartoffelmehl

empfehlen
Thams & Gaps.

Dr. Oetker's Puddingpulver

in feinsten
 Friedensqualität
 ist wieder überall zu
 haben. Man achte darauf, daß
 man die echten Fabrikate mit der
 Schutzmarke Oetker's Hellkopf erhält.

Hauptstraße Kammer-Lichtspiele Hauptstraße

Heute letzter Tag: „Das Mädchen aus der Kaserne“.
 Ab morgen Freitag läuft der
 1. Teil des gewaltigen Sitten-Epos:
Großstadtmädel
 in 6 Akten, das in Großstädten wochenlang bei
 ausverkauften Häusern gespielt worden ist. -
 Wegen des zu erwartenden Andranges finden
 wieder 2 Vorstellungen statt und zwar 7 Uhr
 und 9 Uhr. Sonntags Beginn der Vorstellung
 ab 6 Uhr.

Cafetin
 der gesunde sparsame
 Ersatz für Bohnenkaffee
 FF Resag A G
 Berlin-Str. 8

Schälgurken.

Heute ist wieder ein großer Posten holländische Schälgurken
 eingetroffen bei
H. Gruhle, Produkten-Großhdlg., Bismarckstr. 35a
 Telefon 652.

Suche gebr. Damenräder
 auch defekte, gegen hohen Preis zu kaufen.
 L. Winkler, Hauptstraße 73 I.

Schuhwaren zu billigen Preisen.

Damenhalbschuhe in Lack, schwarz und braun
 Chausson- und Hauschuhe, Sandalen, Turnschuhe
 Plüschantel, Herrenschuhe in schwarz u. braun
 Trellansätze instandgesetzt und neu
Herrenanzüge u. Sommerjaden
Carl Volgt, Gröba, Oststr. 1.
 Kein Laden.

Dobluur Inzombim
Djminmilch
 Das garantiert reine
 Milch in 1/2 Pfund Packung
 Die nicht bleibt
 Das ist die Qualität

Suche 100 Str. ausgefärbte
Vollmilch
 zu übernehmen. Gef. Off. u.
 Angb. d. Adresse u. Station an
Rich. Theilbar,
 Dresden, Arnoldsbr. 23.

Täglich frische Ririchen,
 1 Pfund 1.50 M.,
frische Landbutter
 empfiehlt
Tr. Striegler, Neuwolda.

Reines Schweinefleisch,
 1 Pfund 10.50 M.,
 bei 2 Pfund je 10.25 M.,
 feinste Tafelmargarine,
 1 Pfund 8.80 M.,
 anfang. Fettsch. 1 Pfund 10 M.,
 anfang. Fett. 1 Pfund 9.50 M.,
 schön durch
H. Rauchfleisch, waschen,
 Karree-Bauchsch,
 täglich frischgeflachte
 Erdbeeren und Ririchen,
 feinste Tafelbutter
 empfiehlt
**H. Gutmann, Haupt-
 str. 45.**

Für die Reise!
 Prima harte
Knackwurst
 (Dauerware)
 à Pfd. Mk. 20.-
 empfiehlt
E. Handtuch.

Rauhm. Verein Riesa.
 Freitag, 17. 6. 21.
 Spaziergang 5 Uhr nachm.
 Sonntag, den
 19. 6., für alle
 Kollegen mit
 Angehörigen
 nachm. 4 Uhr
 Treffpunkt
 in Gröba
 kaufen zum Sommerfest
 des D. G. B. Der Vorst.
 Die heutige Nr. umfaßt
 6 Seiten

Eine deutsche Note über die unerträgliche Lage in Oberschlesien.

Deutschland protestiert gegen die Insurgentenherrschaft.

Wib. Berlin, 15. Juni.

Nach Paris, London und Rom ist heute folgende Note abgegangen: Seit sechs Wochen hat Korsantys die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen und hat in dem von seinen Banden besetzten Gebiet tatsächlich alle Befugnisse der Interalliierten Kommission übernommen. Sechs Wochen erduldet die ober-schlesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche dieser Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufbeschworen hat. Die Verluste an Mensch, Vieh und Viehweide sind groß. Die Aufständischen häufen Grauel auf Grauel. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verschleppt. Ueber ihr Schicksal ist nichts bekannt. Historische Bauten, wie die Schlösser von Schimischow und Stubendorf, von Jembowitz und Kamintow und viele andere, sind dem Barbarenismus der Insurgenten zum Opfer gefallen. Den Bauern und Gutbesitzern sind Pferde und Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte zerstört, die Einbringung der Ernte ist bereits jetzt in vielen Gegenden unmöglich. Nicht minder traurig liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht nahezu überall still. Der Volkswirtschaft muss in diesem verwüsteten Lande ein günstiger Boden und breitet sich in erschreckender Weise aus. Blutenden Herzens, aber mit gefesteten Händen soll das deutsche Volk aufsehen, wie unter den Augen der Interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes zu treuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutaler Gewalt ausgesetzt und die Früchte deutschen Fleißes und deutscher Wirtschaft der Vermichtung preisgegeben werden. Sechs Wochen polnischen Terrors sind über unsere Volksgenossen hinweggegangen, ohne daß die Interalliierte Kommission die geeigneten Mittel gefunden hätte, die allein eine Wiederherstellung des Aufstandes ermöglichen. Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenverstärkungen der Entente mit reichem Artilleriesmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit geringen Ausnahmen und abgesehen von den Großstädten, die noch in der Hand der Deutschen sind, ist jedoch das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor im Besitze der Insurgenten geblieben, welche dort unumchränkt herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen. Von dort kommt dauernder Zugang an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl regulärer polnischer Militärs. Von dort werden Waffen und Munition aller Art herbeigeschafft. Demzufolge für diese Lasten werden den alliierten Regierungen übergeben. Wenn aber alliierte Truppen bei ihrem Vorgehen Schwierigkeiten begegnen, so werden die Insurgenten, wie z. B. in Josenberg, unbedenklich mit Waffen und Munition sowie unter Mithilfe aller geraubten Güter abziehen und ihrem sanftmütigen Aufsteig auf dem Rückzug an den unschuldigen Bewohnern freien Lauf lassen. Haben aber interalliierte Truppen ein Gebiet durchzogen, so tauchen in ihrem Rücken alsbald die polnischen Banden wieder auf und treiben in gleichem Maße ihr Unwesen wie vorher. Eine Befreiung ist nirgends zu verzeichnen. Längs der ganzen Front sind die Dörfer, wie z. B. Kollwitz, Wadowitz usw., welche vorübergehend von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht worden. Die ober-schlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt als bewundernswert anerkannt wird, bisher die Ruhe bewahrt. Der ober-schlesische Selbstschutz hat trotz zahlreicher Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korsantys besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weiter vorgetragen in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der Interalliierten Kommission gegen Korsantys und seine Banden ergreifen werden. Die deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien scharfe Verwahrung einlegen. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Verträgen, den ober-schlesischen Selbstschutz auf die gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Erfolg kann allein dadurch gesehzt werden, daß mit ersten Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert wird. Geschicht dies nicht, so wird die volle und alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der Interalliierten Kommission und deren Präsidenten zur Last fallen, der die Macht steht, durch energische Maßnahmen die Befreiung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen. Nach dem Friedensvertrage (Artikel 88) ist die Interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht nur dem Friedensvertrage für verwehrt, wenn die Interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt. Sie muß daher erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß die Verdrückung Oberschlesien, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich wieder und restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

Der englische und französische Vorkämpfer beim Minister des Auswärtigen.

Aus Berlin wird gemeldet: Der französische Vorkämpfer und der englische Geschäftsträger haben Mittwoch abend die bereits in der Presse angekündigten Vorstellungen beim Reichsminister des Auswärtigen gemacht. Im Laufe der Besprechung verhandelt die Verantwortung für die kritische Lage, die durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und dem Insurgenten-Ausschuss in Oberschlesien zeitweise entstanden war, dem Selbstschutz zuzuschreiben. Diesen Anschuldigungen trat der Reichsminister Dr. Rosen entgegen. Er teilte dem französischen Vorkämpfer und dem englischen Geschäftsträger, die einzeln bei ihm vorstapfen, bei diesem Anlaß mit, daß eine Note an die alliierten Regierungen abgegangen sei, in der die unerträgliche Lage in Oberschlesien geschildert und erneut das Verlangen an diese Regierungen gerichtet wird, Oberschlesien von den Insurgenten zu säubern. Zugleich schließt sich eine Verhandlung der interalliierten Truppenführer mit General Höber an.

Verhandlungen mit General Henniker.

Das Mittwoch vormittag war von Seiten des Generals Höber der Befehl der Fortsetzung der Säuberungsarbeiten nicht gegeben worden. Nach einer Bittermeldung aus Oppeln sollte gestern nachmittag der Insurgentenausschuss der deutschen Parteien noch einmal zusammentreten. Man hofft immer noch, daß es ihm gelingen werde, die Interalliierte Kommission von der Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen. General Höber wollte Mittwoch vormittag in Oppeln zwecks Verhandlungen mit General Henniker. Aus Oppeln wird unterm 15. Juni gemeldet: Nach Verhandlungen, die gestern nachmittag geführt worden sind, sollte General Höber dem General Henniker die Deutschen hinsichtlich der Einie bis zu 11 km. nördlich von Josenberg-Westend und Josenberg-Ostend zur Unterbringung englischer Truppen für die Säuberungsaktion zur Verfügung stellen. Die Kampfthatigkeit der polnischen Insurgenten hat wesentlich nachgelassen. Im Laufe des Tages griffen polnische Banden eine Höhe bei Josenberg ohne Erfolg an. Kleinere Vorfälle in der Gegend von Josenberg-Jembowitz scheiterten ebenfalls. Der Bahnhof und die Eisenbahnhauptwerkstätten in Gleiwitz wurden gestern früh von Wadowitz durch einen polnischen Panzerzug, der mit 300 Insurgenten besetzt war, angegriffen. Der örtliche Selbstschutz in Gleiwitz umzingelte die Insurgenten und nahm 60 Mann gefangen. Die Insurgenten wurden den italienischen Truppen übergeben. Im Laufe des Tages wurde die Kampfthatigkeit der Polen bei Jawada und Schimischow. Die Insurgenten haben ihre Wälderabwehr gegenüber der Stadt Ratibor weiter fortgesetzt; jedoch sind hier wie auch im nördlichen Teil des Kreises Gr. Strehlitz polnische Banden zurückzuziehen, die in den geräumten Dörfern ihr Unwesen treiben. Es ist festzustellen, daß die Insurgenten in Waldhöfen östlich Ratibor große Mengen Waffen vergraben haben.

Weitere Verhandlungen in der Räumungsfrage.

Heute finden in Oppeln Verhandlungen zwischen dem britischen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission Stuart und dem Vertreter der deutschen Parteien Fricke und Ullrich in der Räumungsfrage statt. Der von den Insurgenten beschuldete sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Blas ist nach dreitägiger Haft wieder freigelassen worden.

Die Aufstandsbewegung im bolschewistischen Ostpreußen.

In Preußen liegen Nachrichten aus den Landgemeinden vor, die besagen, daß die nationalsozialistische Insurgentenbewegung immer mehr in bolschewistisches Fahrwasser gerät. Edgar Korsantys trägt diesem Umstande Rechnung und erklärt in seinem Blatte „Segeweiser“, der Aufstand trage nicht nur nationalen, sondern auch bolschewistischen Charakter. Der Kampf solle vornehmlich den preussischen Großindustriellen und Großagraren und den Verwaltungsbehörden.

In Preußen sind Räumungen zwischen emporstrebenden Insurgenten und Selbstschutz. Die Insurgenten haben Tote und Schwerverletzte verloren. Durch Landgranaten wurde bedeutender Sachschaden anrichtet.

Mordtaten der Polen.

In der Nacht vom 7. ds. Mts. ist in Myslowitz einer der angesehensten Bürger, der Buchdruckereibesitzer Kollwitz, von den Insurgenten erschossen worden. Er wurde auf Grund einer Verdächtigung zweier polnischer Mädchen mit seinem Vater Kollwitz nach dem Gewaltschachte, einer als Bräutigam und Hottentotter bekannte Stelle geschleppt. Während es dort gelang, mit dem Vater davon zu fliehen, erlag Kollwitz den furchtbaren Mißhandlungen und Wunden, denen er während der Nacht ausgesetzt war. Seine Leiche fand man am 7. Juni in einem Fämel in der Nähe der Waidstelle, wobei sie nach in der Nordrichtung geschleppt worden war. Die von verhafteten Seiten während des Nachmittags angehaltenen Verhandlungen, den Bürgermeister Dr. Madnastis und den polnischen Stadtkommandanten Wache zur Rettung Kollwitz zu veranlassen, blieben erfolglos. Erst am 9. Juni fuhr der Bürgermeister mit dem Sohne des Ermordeten nach Schoppnitz, wo man den Fall zur Kenntnis nahm. Bei dieser Rundgebung hatte es kein Bewenden. Auf dem Friedhof in Oppeln wurden am Mittwoch drei scharflich verblutete Leichen eingetragert. Die Toten sind im Walde bei Jembowitz aufgefunden worden und gehören einer deutschen Patrouille an, die von den Polen überfallen, ermordet und auf scharfliche Weise verblutet worden sind.

Die deutsche Schuldverschreibung über 12 Milliarden Goldmark.

Der Reparationsausschuss teilt in einer offiziellen Verlautbarung mit, die deutsche Regierung werde zu der im Londoner Abkommen vorgesehenen Frist vom 1. Juli eine Schuldverschreibung über 12 Milliarden Goldmark übergeben, eine Entscheidung, die im Einvernehmen mit den Deutschen getroffen worden sei. — Hierzu bemerkt der „Tempo“, diese Schuldverschreibung, die ein Anerkennen des ersten Teils der deutschen Schuld darstelle, solle später in eine gewisse Anzahl von Obligationen nach Uebereinkunft der alliierten Mächte eingeteilt werden. Dieser Teil der Schuld soll 5 Prozent Zinsen tragen und mit 1 Prozent amortisiert werden. In der Verlautbarung teilt der Reparationsausschuss ferner mit, er habe in der Angelegenheit der deutschen Goldlieferung die deutsche Regierung daran erinnert, daß er eine strenge Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen erwarte. Die Fristen erstreckten sich vom 28. Mai bis 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitabschnitts seien 900000 ehm Pöls zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt werden.

Verbot der Herstellung von Luftfahrzeugen.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugen und Motoren, sowie von Teilen solcher auf weiteres verbietet. Die Aufhebung des Verbots kann nur durch Verordnung der Reichsregierung erfolgen. Das Verbot ist durch die im Ultimatum übernommene Verpflichtung erforderlich geworden.

Die neuen Bündnisse.

Eine große Neuorientierung unter den Völkern bereitet sich vor, je mehr die Welt wieder zu friedlichen Zuständen kommt. Man braucht nicht zu befürchten, daß der Völkerverbundgedanke, der durch den furchtbaren Krieg zu größerer Beachtung gelangt ist, bereits wieder absterben sei. Die Gewißheit darf man heute haben, daß er einst wieder lebendig werden wird. Vorläufig freilich scheint es so, als ob das alte System der Bündnisse wieder zur Anwendung gelangen sollte.

Die außenpolitische Orientierung Deutschlands ist durch die Interessengemeinschaften der anderen Weltmächte bestimmt. Eine gestaltende Kraft hat Deutschland verloren, aber seine weltpolitische Bedeutung ist immerhin so stark geblieben, daß alle Bündnisparteien mit ihm rechnen müssen. Für Deutschland hat es insbesondere ein besonderes Interesse, zu wissen, wie sich die Interessengemeinschaften der Völker neuerdings zusammenschließen. Die letzten Schritte für künftige Auseinandersetzungen sind neben dem nahen Orient England und in erster Linie Japan. Die Vorbereitungen zu einem englisch-amerikanischen Bündnis sind schon lange im Gange. Der Empfang des neuen amerikanischen Gesandten in London und die bei dieser Gelegenheit stattgefundenen politischen Verhandlungen sind der Grundstein geworden für die neuen Pläne. Eine aussehenerregende Mitteilung des Washingtoner Berichters der „Times“ legt die Grundzüge eines Bündnisses dar. Amerika beabsichtigt zunächst ein ganz neues Zusammenwirken mit England ohne eine formelle Allianz und ist bereit, dafür den Friedensvertrag von Versailles, wenn auch mit weitreichenden Vorbehalten, zu ratifizieren. England soll als Interessengemeinschaft mit den atlantischen Ozean erhalten, während sich Amerika auf den Großen Ozean konzentrieren will. Das englisch-japanische Bündnis muß inessen fallen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß England das Zusammenwirken mit Amerika höher einschätzt als das Zusammenwirken mit Japan, und über kurz oder lang muß der amerikanisch-japanische Gegensatz zu einem kriegerischen Konflikt führen, dessen Anfang bereits jetzt gegeben ist.

Große Schwierigkeiten dagegen bilden für England die Entschlossenheit, wie es die russische Frage lösen soll, ohne gleichzeitig auf ein englisch-französisches Zusammenwirken im nahen Orient verzichten zu müssen. Es ist von untergeordneter Bedeutung, daß die „Times“ im Anschluß an die Erörterung des englisch-amerikanischen Bündnisgedankens das Einvernehmen mit Frankreich als den Eckstein der kontinentalen Politik Großbritanniens bezeichnet. Die Gegensätze zwischen der „Times“ und der englischen Regierung sind bekannt. Der englischen Regierung kann es aber nur erwünscht sein, wenn in Frankreich der Glaube daran gestärkt wird, daß England mit ihm in Europa zusammenarbeiten wolle, gewissermaßen als Gegenleistung für die französische Unterstützung in der Orientpolitik, ohne daß sich die englische Regierung dafür offizielle Bindungen auferlegen müßte.

Eine Orientierung der englischen Politik gegen Deutschland im französischen Sinne geht gegen englische Interessen, weil durch die deutschen Reparationsleistungen der englische Weltmarkt eine gefährliche Konkurrenz bekommt, aber auch, weil England zur Lösung des russischen Problems die Wirkung Deutschlands braucht. Die englisch-amerikanische Bindung ist Deutschland insofern günstig, als auch Amerika den Weg nach Rußland über Deutschland suchen muß. Auch diese Bestrebungen sind seit längerer Zeit lebhaft im Gange und gerade jetzt im Vordergrund des Interesses durch die Reise des Senators France nach Deutschland und Rußland. Inzwischen beginnt auch der Warenkauf zwischen Deutschland und Rußland vor sich zu gehen. Und die Wirtschaftsverhältnisse sind starke Hindernisse, deren Bedeutung gegenwärtig kaum zu überschätzen ist. Ohne das Orientproblem würde England das größere Gewicht auf die gerade Linie Amerika-England-Deutschland-Rußland legen, das wäre dann die gegebene Allianz für die Zukunft. Aber infolge der unheimlichen Bewegung ist der Schwerpunkt augenblicklich stark nach Kleinasien verlegt und die englischen Sorgen über diese Krise finden ihren Ausdruck im Nachlassen des Interesses am ober-schlesischen Problem. Der Schlüssel bildet die Türkei. Mit dieser erstrebt England ein dauerndes Abkommen, für das allerdings gegenwärtig bei der kategorischen Ablehnung der kemalistischen Regierung, überhaupt mit England zu verhandeln, keine gute Zeit ist. So hilft sich denn England vor der Hand durch Begünstigung eines Hebereimkommens zwischen den Sowjetrepubliken Aserbaidschan, Georgien und Armenien, das jedoch unterzeichnet ist und für England die Brücke nach Mesopotamien werden würde, indem es nach einer Auslassung Churchill im Unterhause eine arabische Regierung unter englischem Einfluß konstituieren will. Die Linie der englischen Politik wäre also hier gespalten in einen Weg über Deutschland, Rußland, den kaufmännischen Bund, Mesopotamien nach Indien und in eine Linie über Frankreich, Syrien, Mesopotamien. Die scharfe Ablehnung, die von Frankreich der englische Plan einer französisch-englisch-deutschen Zusammenarbeit erfährt, hat in dieser Hinsicht Möglichkeiten vernichtet, die England als Aushilfe benutzen zu können glaubte.

Deutschland hat selber gegenwärtig keine Möglichkeiten, aktiv gehaltend an diesen Weltkonstellationen mitzuwirken. Es liegt zwischen den Mächten und darf nur vorläufig auf eigenen Schutz bedacht sein. Die geringe scheinbare Annäherung Frankreichs darf aber in keinem Fall übersehen werden am wenigsten lassen sich darauf Brücken bauen zur Wiedererlangung der deutschen Weltbedeutung. Die alte Krise im Orient zerfällt viele Anknüpfungspunkte, die unter andern Umständen heute in der Luft liegen würden, und in der weltpolitischen Neualleierung ihre Bedeutung finden würden. Nichts desto weniger läßt sich für die Zukunft nichts daran ändern, daß Deutschland bei der Neuorientierung des künftigen Weltalters eine große Rolle zuzählt.

Beratungen über eine englisch-amerikanische Entente.

Die „Newport Herald“ aus Washington erzählt, es sei eine englisch-amerikanische Entente genehmigt im Weichen Punkte ein Beratungsgegenstand erster Ordnung. Die Nachricht, daß der Präsident für einen Plan der Vereinigung aller englisch sprechenden Völker gewonnen sei, habe sehr überrascht. Ob man im Staatsdepartement eine formelle Allianz mit England ins Auge fasse, sei zweifelhaft. Es werde aber möglicherweise ein Handels- und Freundschaftsvertrag mit England abgeschlossen werden.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zu suchen zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einverständnis zwischen beiden Ländern würde der „Times“ zufolge ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen. Der Präsident kündigt an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es besteht Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungsabtausch mit den Alliierten stattgefunden hat. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf dem Stillen Ozean und die Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusssphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Verabschiedung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

In einem Vorkursivartikel erklärt die „Times“, das Einverständnis Großbritanniens mit Frankreich würde den Weg für die von Washington vorgeschlagene Politik ebnen, während ein Streit zwischen England und Frankreich über eine Abklärung der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern fast zur Rückkehr der Vereinigten Staaten zu ihrer Politik des Beiseitebleibens führen würde. Wenn dieses Ereignis unglücklicherweise eintreten sollte, dann müßten sich die Gedanken der englischen und amerikanischen Staatsmänner notwendigerweise dem Abschluß einer engeren Abmachung zwischen den englischsprechenden Völkern zuwenden.

Die Handelsbeziehungen mit Rußland.

Lord George gab im englischen Unterhause bekannt, binnen kurzem werde eine amtliche Abordnung nach Rußland geschickt werden, deren Mitglieder die russische Sprache vollkommen beherrschen und Rußland aus weitläufiger Erfahrung kennen.

Der schweizerische Bundesrat hat sich in einer Mitteilung an Krassin bereit erklärt, den Moskauer Entwurf für den zwischen der Schweiz und Rußland abzuschließenden Handelsvertrag entgegenzunehmen.

Wie das „A. T.“ erzählt, ist der amerikanische Senator Francis gestern in Berlin eingetroffen. France, der Führer einer einflußreichen amerikanischen Finanzgruppe ist, die für die rasche Wiederbelebung der amerikanisch-russischen Handelsbeziehungen eintritt, will sich nach Moskau weiterbegeben. Das Blatt erzählt, daß der Senator auch mit maßgebenden deutschen Stellen Fühlung genommen habe in dem Bestreben, über die Zusammenarbeit mit Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Dem Senate zufolge beginnt sich der praktische Handelsaustausch zwischen Deutschland und Rußland schon anzulassen. In Berlin sei Dienstag ein Posten russischer Pelze, Felle und Günte eingetroffen, der voraussichtlich in Leipzig zur Auktion gestellt werden soll. Einige Parteien Flachs und Hanf sollen demnächst eintreffen. Außerdem lagert eine größere Solalleterung ausfindig in Riga.

Zur Förderung des Warenaustausches hat das Souveränementalkomitee von Wladimir Wostokow eine Verfügung erlassen, nach der Zehnwärkte wieder eingeführt werden.

Das Deutschenprogramm in Ostrowo.

W. I. B. meldet aus Berlin: Im Anschluß an die Schritte des deutschen Konsuls in Wosen wegen des Deutschenprogramms in Ostrowo am 2. d. Mts. ist am 11. Juni nachfolgende Warnung der Wojewodschaft von Wosen veröffentlicht worden: Die hiesige Bevölkerung ist infolge der massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland beunruhigt und indem sie die Scharen der zurückkehrenden abdachlosen Flüchtlinge betrachtet, hat sie die Parole der Rache ausgegeben, die bezweckt, die hiesigen Bewohner deutscher Nationalität zu zwingen, Wosen Grenzen zu verlassen. Ich halte es für meine Pflicht, auf die Ungeheuerlichkeit solcher eigenmächtiger Handlungen aufmerksam zu machen, umso mehr, da die Gefahr vorliegt, daß verbrecherische Elemente solche Vorgänge zu Raub und Minderungen ausnützen könnten. Ich rufe daher alle Bürger auf, die Vorschriften des Gesetzes — Recht und Ordnung — aufrecht zu erhalten und Einschüchterungen kein Gehör zu geben, die oft darauf hinausgehen, dem polnischen Reich unmittelbar zu schaden. Der Wojewode, gen. I. B. Demowicz.

Dieser ist zu bemerken, daß die einleitenden Worte einer geeigneten Art, aufreißend als beruhigend zu wirken. Eine polnische Behörde sollte nicht öftentlich von massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland und Scharen der Flüchtlinge sprechen, wenn durch amtliche Feststellungen bereits klar gelegt ist, daß derartige Behauptungen falsch sind. Offenbar sollen damit nur die unverantwortlichen Deutschenverfolgungen in Ostrowo verächtelt werden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß durch Abtretung des deutschen Teilgebietes an Wosen fast eine halbe Million Deutsche unter dem Zwange der unrettbar gewordenen Lebensbedingungen nach Deutschland zurückgeführt ist, während die mehr als 600 000 in Deutschland lebenden Polen nach wie vor unbedrängt unter dem Schutze der deutschen Gesetze leben. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Verfolgung nicht nur auf Deutsche und Juden, sondern sogar schon auf Sozialistische polnischer Sprache erstreckt. Es heißt zu hoffen, daß die polnische Regierung sich der Gefahr bewußt ist, die in einer weiteren Ausdehnung dieser Verfolgungen liegen dürfte.

Deutscher Reichstag.

mit Berlin, 15. Juni 1921.
Zum Entwurf über die Abänderung des Wehrgesetzes betont der Reichskriegsminister Gehler, daß der Entwurf keine materiellen Abänderungen vorlegt und bittet um Annahme.

Ohne jede Debatte wird der Entwurf in allen drei Lesungen genehmigt.

Das Haus legt sodann die Beratung des Gesetzentwurfs über den

Verkehr mit Getreide

fort.
Abg. Bornfeld (B.) betont die Notwendigkeit, die freie Wirtschaft einzuführen. Nicht nur die Interessenten aus der Landwirtschaft rufen nach ihr, auch die Verbraucherpreise. Unter der Zwangswirtschaft ist die Produktion um 40 Prozent zurückgegangen. Redner protestiert dagegen, daß die für die Landwirte angelegten Mengen von Saatgut viel zu gering veranschlagt sind und macht im übrigen den Hinweis auf die hohen Preise und für die Schwere der Lage für die Arbeiter. Wenn wir nach reichlicher Überlegung der Vorlage doch zustimmen wollen, geschieht das nur in der Voraussetzung, daß die Umlage auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt wird und dieser Eingriff in die freie Wirtschaft ist. (Bravo.)

Abg. Tschick (D. Sp.): Wenn wir die Erzeugung fördern sollen, müssen wir die freie Wirtschaft haben. Wir glauben

nicht, daß die freie Wirtschaft einen wesentlichen Mehrwert des Getreides erfordert wird. Die Weisse aber werden listen, wie das heute schon bei der Butter zu konstatieren ist, indem sie kein Weisse mehr durch ungeschickliche Behandlung ungeschicklich werden und der Ernährung verloren gehen. Die Weisseverarbeiter verlangen 4, Millionen Umlage in dem Moment, umso mehr herauszuholen, je höher sie ihre Forderung stellen. Damit dürften sie sich irren. Redner polemisiert lebhaft gegen die Sozialisten. Zweitmähtler läßt er es, wenn sie den Arbeitern allmählich klar machen, daß die Erfüllung des Ultimatum dazu führen müßte, den 8-Stundentag allmählich zu erweitern. Redner tritt nochmals für die Ablehnung der Vorlage und sofortige Einführung der freien Bewirtschaftung des Getreides ein. Die Verbraucher müssen sorgen, daß nicht etwa Zwischenhändler das Brot unnötig verteuern. Werden sie der Plage der Bauern gerecht und haben sie Verständnis für die Arbeit des Landmannes? Eine Verteuerung des Brotes wird nicht zu vermeiden sein, weil die Reichsausschüsse fortsetzen. Warum macht der Reichsminister dabei nicht ganz reinen Tisch und hebt den Zwang auf? Das Ultimatum muß nicht, hier muß gewiffen werden. (Bravo.)

Abg. Dr. Gers (Unabh.) stellt fest, daß fast eine Million Tonnen an Getreidefrüchten in Ostrowo an das Ausland verkauft worden ist, die zweifellos den Polen zugute gekommen sind. Das sei mit Wissen und Willen des Ministers geschehen, obwohl in Ostrowo eine Weisernte in Getreidefrüchten zu erwarten sei. Die Erzeugung steht mit der Ablieferung nicht mehr im Einklang, ein Beweis für das mangelnde Verantwortlichkeitsgefühl der Landwirte gegenüber der Allgemeinheit. Den Arbeitern hat man in der letzten Zeit den Dank gesollt für ihre Arbeit in den Feldern der Erfüllung des Ultimatum; ist schon jemals ein Wort des Dankes an die Landwirtschaft vom Minister herkommen? Die Rechtsparteien betrachten das Ultimatumverfahren nur als Ausdank für den Übergang zur freien Wirtschaft. In der Tat ist die Umlage nichts weiter als freie Wirtschaft, verbunden mit hohen Preisen. Jetzt wird aus dem Getreidehandel der Händler ein gesetzlich legalisierter Getreidehandel der Landwirte. Stellen Sie wenigstens die Regelungsvorlage in ihrer alten Form wieder her! Unsere endgültige Stellung zu dem Entwurf wird davon abhängen, wie er sich hier im Hause gestalten wird. Die Kontrollbestimmungen müssen unter allen Umständen verstreift werden, damit nicht nur die Getreide voll erfasst werden. Minister Gersch hat innerhalb 6 Monaten seine Ansichten über Mindestpreise völlig umgekehrt. Wenn den Landwirten Mehrgewinne zuzuführen durch Annäherung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise, so haben die Landwirte kein moralisches Recht auf diesen Mehrgewinn, vielmehr muß dieser den Lohn- und Gehaltsempfängern sichergestellt werden.

Abg. Dr. Boehme (Dem.) betont, daß, so wenig man in die Koalitionsfreiheit des Arbeiters hineintreten wolle, so sehr müsse man auch die Freiheiten des Landmannes achten. Dem Reichsminister sei er dankbar, wenn er sich nicht durch den Abg. Dr. Gers zu überhöhten Vorkäufen verlocken lasse. Auch er sei für freie Wirtschaft. Aber er glaube auch, daß die Bevölkerung die unermessliche Preissteigerung werde tragen können. Andererseits wird ein Befehl der Verwirklichung bei Aufhebung der Zwangswirtschaft so große Ersparnisse verursachen, daß diese zur Verbilligung des Getreides ins Gewicht fallen würden. Die Verwendung des künftigen Längers muß deshalb geteilt und die nach liegenden Ländereien in vermehrter Weise befruchtet werden. Die Preissteigerung für Rindfleisch werde sich natürlich bei den Getreidepreisen bemerklich machen. Es müsse also ein Ausgleich geschaffen werden, damit die Produktion nicht geschädigt wird. Da sich in der Kommission gezeigt hat, daß das Umlagegesetz Gesetz werden wird, haben wir uns darauf geeinigt, dies als Proporzium und als Übergang zur freien Wirtschaft im nächsten Jahre einstweilen anzunehmen. Selbstverständlich müssen aber Kartellen gegen eine zu große Verletzung der kleinen Betriebe getroffen werden, daher sollen Betriebe bis zu 1 Hektar Weidfläche vollkommen von der Umlage verschont bleiben, im übrigen die Umlage aber gestaffelt werden, wobei die Weidhalter besonders berücksichtigt werden sollen. Redner appelliert an den guten Willen der ausführenden Beamten, Härten bei der Durchführung der Umlage zu vermeiden. (Bravo.)

Diese Debatte wird nunmehr abgebrochen.
Das Haus überweist den Entwurf über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht an den Haushaltsausschuß, ferner den Entwurf betreffend die Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit an den Rechtsausschuß. Der Entwurf über eine vorübergehende Erhebung der Aufhebung von Zöllen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Antrag der äußersten Linken, legt die Sitzung zu vertagen, wird abgelehnt.
Abg. Gards (Komm.): Das Haus hat sich inzwischen fast vollständig geleert, es sind kaum 30 Abgeordnete im Saal. Die Zwangswirtschaft allein kann dem Nahrungsmangel abhelfen, verbunden mit dem Aufbau. Dem Minister aber, der getreulich in den Diensten der Wohlhabenden abgebaut hat, können die Massen kein Vertrauen schenken. Der Preis des Brotes soll 2 bis 3 mal so teuer werden als jetzt, das ist ein Schlag ins Gesicht des arbeitenden Volkes. Wieht diese Vorlage da nicht wie ein Hohn? Darum fort mit der Regierung, fort mit all den Organen, welche die sozialistische und kommunistische Gemeinwirtschaft hindern!

Das Haus vertagt die Weiterberatung um 7 Uhr auf morgen nachmittags 2 Uhr. Außerdem Gesetz über Verlängerung des Kohlensteuergesetzes.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

„Reaktionärer“ Notgeld. Aus Oldenburg. 13. Juni, wird geschrieben: Der Handelskammer Oldenburg ist vom oldenburgischen Staatsministerium die Ausgabe von Notgeld für den Landesteil Oldenburg, soweit ein dringendes Bedürfnis vorliegt, ausschließlich übertragen worden. Auf Grund dieser Ermächtigung hat die Handelskammer jetzt Notgeld herausgegeben und dasselbe in den Verkehr gebracht. Diese Notgeldscheine weisen auf der einen Seite die Worte „Geld Nr. 1 Oldenburg, Ost Deutsches Reich“ auf und zeigen außerdem noch das Bild des letzten Oldenburgischen Fürsten. Auf der anderen Seite zeigen die Notgeldscheine das Bild des Grafen Anton Günther von Oldenburg auf seinem berühmten Werke „Friede“, der als Begründer der weltbekanntesten Oldenburger Werkzeuge gilt. Dem Grafen Anton Günther, dem einstmaligen Oldenburger Regent aus längst vergangener Zeit, hat Oldenburg seine berühmte Werkzeuge zu verdanken, und deshalb ist dieser Fürst im Gedächtnis des Oldenburger Volkes, insbesondere der dauerlichen Landbevölkerung fort. — Dieses von der Oldenburger Handelskammer herausgegebenes Notgeld hat die Mißbilligung der demokratischen Oldenburger Staatsregierung gefunden. Der Ministerpräsident Jansen berief eine Sitzung des Staatsministeriums ein und es wurde beschlossen, gegen die Handelskammer Oldenburg als die Verantwortlichen des beanstandeten Notgeldes Schritte zu unternehmen. Es sollen die Gründe festgelegt werden, die die Handelskammer veranlaßt haben, derartiges Notgeld mit dem Bildnis eines ehemaligen Oldenburger Fürsten in den öffentlichen Verkehr zu bringen. Weiter hat das Oldenburgische Staatsministerium die Staatsanwaltschaft ersucht, die notwendigen Maßnahmen gegen die Urheber des Notgeldes zu treffen, worauf die Staatsanwaltschaft das ge-

launte Notgeld mit dem Fürstbildnis beschlagnahmt hat. Die Handelskammer hat die gesamten Vorkäufe der Staatsanwaltschaft eingezogen. Es ist, wie sie öffentlich bekannt gibt, von dem Vorgehen der Staatsregierung und der Staatsanwaltschaft außerordentlich überrascht. Die gerichtliche Untersuchung ist inzwischen eingeleitet worden und man ist auf den Ausgang der Angelegenheit sehr gespannt. Die Vollstreckungen am Rhein haben nach dem „Matin“ im ersten Monat ein Ergebnis von 170 Millionen Francs gehabt.

Streit auf dem Wätern der Stadt Berlin. Entsprechend dem Ergebnis der vorgestrigen Urabstimmung sind gestern auf 18 Wätern der Stadt Berlin 4000 Arbeiter in den Streik getreten. Die Rothschärdenarbeiten werden ausgeführt. Dagegen ruht die Feuerzute und die Bearbeitung der Dachröhre.

Das Arbeiterkongress wird dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zugehen, nachdem es gestern im Kabinett parabolisiert worden ist. Weitere Steuerergriffe werden im Laufe dieser Woche vom Kabinett verabfolgt werden.

Überwachung des Volkverkehrs zwischen dem nördlichen und südlichen Gebiet. Der Reichswirtschaftsminister hat dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Gesetzentwurf über die Überwachung des Verkehrs mit Volkspapieren zwischen dem nördlichen und dem südlichen Gebiet vorgelegt. Man müsse ohne eine solche Überwachung eine Überwachung aus dem nördlichen Gebiet mit unermesslichen ausländischen Wurzeln versehen. Schon jetzt wird dieser Verkehr auf eine halbe bis eine Milliarde monatlich geschätzt. Daraus ist veranschaulicht die Schwächung der deutschen Wätern zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte sich einstimmig mit dem Gesetzentwurf einverstanden und sagte dann ebenfalls einstimmig eine Entschließung, durch die die Regierung ersucht wird, auf die Beilegung der dem Friedensvertrage und dem Völkervertrag widersprechenden Zwangsmaßnahmen mit größtem Nachdruck hinzuwirken.

Eingeklagtes Verfahren. Das gegen den früheren Ministerialrat im Reichsernährungsministerium Augustin anhängig gemachte Verfahren wegen Verletzung ist auf Beschluß der Strafkammer eingestellt und Augustin außer Verfolgung gesetzt worden.

Sondergerichtsbarkeit. Die Bankräuber, die in den letzten Monaten in Mecklenburg und Pommern plünderten und insgesamt 600 000 M. erbeuteten, der Richter Grüneberg und der Bergmann Müller aus Wansfeld, sind von dem außerordentlichen Gericht in Halle zu neun und zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Stunde für Stundchen. Die Hamburger Bürgerschaft hat auf Antrag sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten beschlossen, eine Million Mark zur Abänderung der Not in Oberelbischen zu spenden.

Die angebliche Einladung an Dr. Rathenau. Die „Deutsche Wk. Ztg.“ erzählt, es sei nichts davon bekannt, daß, wie es in der Londoner Meldung eines Berliner Blattes heißt, der Oberste Rat auf Erlauchen Loucheur, Dr. Rathenau einladen wolle, seine Pläne vor dem Obersten Rat zu erörtern.

Republik Österreich.

Die Regierungsbildung. Wie eine Korrespondenz meldet, hat die Christlich-sozialen Vereinigung in ihrer Sitzung am Dienstag beschlossen, den anderen Parteien bekanntzugeben, die Christlich-soziale Partei verlange, daß der steiermärkische Abstimmungsbeschluss rückgängig gemacht werde; geschehe dies nicht, so sei sie nicht in der Lage, den anderen Parteien einen Vorschlag auf gemeinsame Bildung einer Regierung zu machen. Sie sei jedoch bereit, eine von anderer Seite vorgeschlagene Regierung mitzuwählen, wenn die neue Regierung und die im übrigen Parteien sich für die konsequente Durchführung der Politik der Sanierungsaktion durch den Völkerrund erklären und wenn die Parteien gewährleisten, daß keine weitere länderweise Abstimmung vorgenommen wird, und wenn die Regierung sich verpflichtet, alles zu tun, um auch die steiermärkische Abstimmung zu vermeiden. Gellinge ihr dies nicht, so behalte sich die Christlich-soziale Partei ihr gegenüber freie Hand vor. — In der gestrigen Sitzung des Verbandes der Großdeutschen Volkspartei wurde bei Besprechung des Beschlusses der Christlich-sozialen Partei die Meinung geäußert, daß darin keine geeignete Grundlage für eine rasche Einwirkung der Regierungsbildung erblickt werden könne. Die endgültige Stellungnahme der Großdeutschen Volkspartei werde von der heutigen Entscheidung in Graz über die Anschlussabstimmung wesentlich beeinflusst sein.

Frankreich.

Die Propagandareise des Marichall Joffre. Wie der „Intransigent“ berichtet, wird sich die Propagandareise des Marichall Joffre nicht nur, wie gestern gemeldet wurde, auf Japan, sondern auch auf China und die Vereinigten Staaten von Amerika erstrecken.

Türkei.

Die Kemalisten lehnen Unterhandlungen mit England ab. „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel, daß Mustafa Kemal Pascha eine Proklamtion erlassen hat, in der er es unbedingt ablehnt, in Unterhandlungen mit England einzutreten. Er habe jetzt eine mächtige Regierung gebildet und die gesamte muslimanische Welt hänge ihm an.

Rußland.

Der Umsturz im Fernen Osten. Nach Moskauer Nachrichten wird die von den Anhängern Semensows gebildete Regierung im Fernen Osten von den ausländischen Vertretern, darunter auch Japan, nicht anerkannt. Japan macht der Regierung den Vorwurf antidemokratischer Tendenzen.

Vermischtes.

Die Explosion in der Polzeiwache. Auf Gottesberg wird gemeldet: Als der Bergbauer Watzel Dienstag nachmittags verhaftet werden sollte, brachte er auf der Polzeiwache eine Sprengladung zur Explosion. Watzel wurde sofort tödlich verunglückt und sofort getötet. Die anderen Anwesenden blieben unversehrt. Eine Untersuchung der Watzel scheidete noch sechs weitere Sprengladungen zutage.

Explosion eines Riesenbombentanks. Mittwoch vormittag explodierte ein zur Leertabrik von Johann Faltermann in Wilhelmshagen bei Hamburg gehöriger Riesenbombentank mit gereinigtem Benzol. Ein Arbeiter wurde getötet.

Raubmord in Berlin. In dem Hause Dorfstraße 21 in Berlin wurde Mittwoch der Oberpostinspektör a. D. Hugo Spielhöfer in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Da alle Schlüssel und Schränke durchwühlt waren, handelt es sich anscheinend um einen Raubmord. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Wegen Verdrachts verhaftet. Mittwoch wurde in der Friedrichstraße in Berlin der frühere Feldwebel Rudolf Wessel verhaftet, der beschuldigt wird, vor zwei Jahren seine Frau und den Gemann seiner Geliebten ermordet zu haben. Wessel, der von der Kriminalpolizei seit zwei Jahren gesucht wird, hatte es verstanden, sich eine Stelle als Hilfsbuchhalter bei einer Fabrik in Berlin unter falschem Namen zu verschaffen.